

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Völkerrecht einhalten – Atomabkommen mit dem Iran verteidigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 8. Mai 2018 hat US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran verkündet. Bislang ausgesetzte Sanktionen gegen den Iran sollen wieder in Kraft treten, neue, „machtvolle“ Sanktionen hinzukommen. Auch Drittstaaten, die mit dem Iran Handel treiben, werden mit Sanktionen bedroht.

Der Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran 2015 war ein großer diplomatischer Erfolg im Bemühen gegen atomare Aufrüstung. Außer den USA und Iran hatten sich Großbritannien, Frankreich, Deutschland, die Russische Föderation und die Volksrepublik China an dem Abkommen beteiligt. Der Iran hat sich darin dazu verpflichtet, sein Atomprogramm so einzugrenzen, dass die Entwicklung von Atomwaffen nicht möglich ist. Im Gegenzug wurden Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen, der EU und der USA gegen den Iran aufgehoben.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Iran nun seinerseits das Abkommen ebenfalls verlässt. Die Wiederaufnahme des Atomprogramms als militärisches Programm durch den Iran ist damit in greifbare Nähe gerückt. Vor diesem Hintergrund ist der einseitige Schritt der USA unverantwortlich und auf das Schärfste zu verurteilen.

Gegen den entschiedenen Widerspruch der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) unterstellen Trump und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Fortdauer eines iranischen Atomwaffenprogramms und drohen dem Iran mit völkerrechtswidrigen Militärschlägen. Damit wächst die Gefahr einer weiteren Eskalation der Kriege in der Region. In diese Eskalation müssen auch die aktuellen israelischen Luftschläge gegen iranische Stellungen in Syrien eingeordnet werden.

Auch der Iran hat in der Vergangenheit mehrfach die Sicherheit Israels in Frage gestellt und den Konflikt damit verschärft.

Die Bundesregierung lässt weiter Waffen in den Nahen und Mittleren Osten liefern und trägt damit zu einer erneuten Zuspitzung des Konflikts bei.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. an dem Atomabkommen mit dem Iran in unveränderter Form festzuhalten;
2. die Entscheidung der USA, die Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen und damit das Atomabkommen mit dem Iran einseitig aufzukündigen, unmissverständlich zu verurteilen und Druck auf US-Präsident Donald Trump auszuüben, sich an geltende völkerrechtliche Verträge zu halten und in das Abkommen mit dem Iran zurückzukehren;
3. sich entschieden gegen die von Trump angekündigten Ausweitungen der Sanktionen auf Drittstaaten zu verwahren und gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten;
4. Androhungen von Gewalt durch alle Konfliktparteien in der Region zurückzuweisen;
5. sämtliche Waffenlieferungen in Staaten des Nahen und Mittleren Osten sofort zu unterbinden und keine weiteren Genehmigungen für dieses Krisen- und Spannungsgebiet zu erteilen und
6. die Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten zu ergreifen, um die sich zuspitzenden Konflikte in der Region diplomatisch zu lösen und zu einer Vereinbarung über einen Nahen Osten ohne Massenvernichtungswaffen zu kommen.

Berlin, den 14. Mai 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion